

P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft
der Stadt Georgsmarienhütte vom 28.09.2017
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Osnabrück, Raum-Nr. 173,

Anwesend:

Vorsitzender

Hebbelmann, Udo

Mitglieder

Selige, Dieter	bis 18.45 Uhr
Averdiek, Andre	
Dierker, Heinz	
Gröne, Christoph	
Jantos, Annette	bis 19.20 Uhr
Krüger, Sebastian	
Müller, Arne	
Schmechel, Peter	bis 19.30 Uhr
Springmeier, Wolfgang	
Trimpe-Rüschemeyer, Heinrich	

Verwaltung

Pohlmann, Ansgar
Plogmann, Karl-Heinz
Otten, Niklas

Protokollführer/in

Baller, Jutta

Fehlende Mitglieder

Dälken, Martin

Presse

Elbers, Wolfgang	bis 18.45 Uhr
------------------	---------------

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:35 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr. 4/2017 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 28.08.2017
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Haushalt 2017 - Maßnahmen Priorität 2
4.	Bericht über die finanzielle Lage der Stadt
5.	Entwurf des Haushaltsplans 2018 / Stellenplan 2018 Vorlage: MV/045/2017
6.	Darstellung der städtischen Vermögenswerte anhand der Bilanz - mündlicher Vortrag
7.	Beantwortung von Anfragen
8.	Anfragen
8.1.	Treuhandverfahren ehemalige Klöcknerflächen
 1.	 Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Hebbelmann eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Einwohnerinnen und Einwohner sind nicht anwesend.

2. Genehmigung des Protokolls Nr. 4/2017 über die

öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 28.08.2017

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird bei 2 Enthaltungen einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. 4/2017 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 28.08.2017 wird genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Haushalt 2017 - Maßnahmen Priorität 2

Erster Stadtrat Plogmann erklärt, in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 28.08.2017 sei vereinbart worden, den TOP „Haushalt 2017 - Freigabe von Maßnahmen der Priorität 2“ nach Beratung in den Fraktionen nochmal in der heutigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu beraten. Da der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 13.09.2017 zu den Maßnahmen der Priorität 2 bereits vorbereitende Beschlüsse gefasst habe, sei eine erneute Beratung im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft nicht erforderlich. Der TOP werde nun in der Sitzung des Rates am 26.10.2017 abschließend beraten.

4. Bericht über die finanzielle Lage der Stadt

Erster Stadtrat Plogmann berichtet, mit dem in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 15.08.2017 vorgestellten Berichtswesen zum Stand 31.07.2017 sei für den Ergebnishaushalt ein Fehlbedarf in Höhe von 639.300 € und damit eine Verbesserung gegenüber Plan von rd. 1,4 Mio. € prognostiziert worden.

Aufgrund der Zuweisungen des Landkreises Osnabrück für den Bereich Kindertagesstätten werden weitere Mehreinnahmen in Höhe von 1,8 Mio. € entstehen, so dass für den Ergebnishaushalt 2017 aktuell ein Überschuss in Höhe von rd. 1,16 Mio. € erwartet werde.

Im Investitionsbereich werden nicht alle Maßnahmen der Priorität 2 freigegeben. Außerdem werden verschiedene für 2017 eingeplante Maßnahmen nicht in diesem Jahr durchgeführt, sondern für 2018 neu veranschlagt (z.B. Maßnahme Areal Rehlberg).

Die Entwicklung im Ergebnishaushalt und die geringeren Investitionen führen zu einer Verbesserung der Liquidität, so dass auch die im Plan 2017 vorgesehenen Kreditaufnahmen in Höhe von 8,5 Mio. € nicht in voller Höhe erforderlich sein werden. Aktuell werde von einem Kreditbedarf für 2017 von rd. 3,3 Mio. € ausgegangen.

5. Entwurf des Haushaltsplans 2018 / Stellenplan 2018 Vorlage: MV/045/2017

Erster Stadtrat Plogmann weist darauf hin, dass der Haushaltsentwurf 2018 seit dem 26.09.2017 für alle Ratsmitglieder in den jeweiligen Fraktionsräumen zur Verfügung steht.

Anhand einer Präsentation gibt er nachfolgend einen Überblick über die wichtigsten Eckdaten zum Haushaltsentwurf 2018. Der Ergebnishaushalt 2018 weise einen Fehlbedarf in Höhe von rd. 3,13 Mio. € aus, der aus der vorhandenen Überschussrücklage gedeckt werden könne. Auch die für die Folgejahre 2019 bis 2021 ausgewiesenen Fehlbeträge können aus der Überschussrücklage gedeckt werden, so dass der Haushaltsausgleich aus

heutiger Sicht mittelfristig noch nicht gefährdet sei. Problematisch stelle sich allerdings die zukünftige Entwicklung der Liquidität dar. Der aus laufender Verwaltungstätigkeit erzielte Liquiditätssaldo werde in den kommenden Jahren bei Weitem nicht ausreichen, um die geplanten Investitionen zu finanzieren, so dass hohe Kreditaufnahmen erforderlich seien und damit eine hohe Neuverschuldung entstehen werde.

Im Ergebnishaushalt 2018 werden gegenüber den Planwerten 2017 Mehrerträge in Höhe von rd. 1,5 Mio. € erwartet, die im Wesentlichen aus höheren Zuweisungen des Landkreises für den Bereich Kindertagesstätten und für Schulsachkosten resultieren. Auf der Aufwandsseite entstehen gegenüber den Planwerten des Jahres 2017 Mehraufwendungen in Höhe von rd. 2,7 Mio. €, die insbesondere bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen und Personalaufwendungen entstehen. Die Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (rd. 900 T€) ergeben sich z.B. im Bereich des Zentralen Gebäudemanagements, wo nach dem in 2017 um 290.000 € gekürzten Bauunterhaltungsprogramm nun wieder der „normale“ Ansatz geplant werde. Weitere Mehraufwendungen ergeben sich insbesondere für die Ausstattung der KiTa Haus der kleinen Füße, die Bewirtschaftung der Flüchtlingsunterkünfte, Straßenunterhaltung, Straßenreinigung, Grünabfallentsorgung des Bauhofes sowie Veranstaltungen im Kulturbereich. Bei den Transferaufwendungen resultiere der Mehraufwand hauptsächlich aus der gegenüber dem Vorjahr um 725 T€ steigenden Kreisumlage. Die Personalaufwendungen seien mit einer 2,5 %igen Steigerung gegenüber dem Vorjahr eingeplant. Außerdem wirke sich hier die Umsetzung der zum 01.01.2017 in Kraft getretenen Entgeltordnung aus.

Der im Finanzhaushalt aus laufender Verwaltungstätigkeit entstehende Liquiditätsüberschuss belaufe sich für 2018 auf lediglich 965.700 €. Dieser Saldo reiche bei Weitem nicht aus, um die laufende Tilgung und die vorgesehenen Investitionen zu finanzieren, so dass über Möglichkeiten der Einnahmeverbesserung nachgedacht werden müsse. An dieser Stelle weise er darauf hin, dass die Realsteuerhebesätze in Georgsmarienhütte seit 2003 unverändert seien, während die im Finanzausgleich zugrunde gelegten gewogenen Durchschnittshebesätze kontinuierlich angestiegen seien. Er schlage daher vor, zur Verbesserung der Liquidität über eine Erhöhung der Hebesätze zu beraten. Eine Anhebung des Hebesatzes bei den Grundsteuern A und B führe zu Mehreinnahmen von rd. 110 T€ je 10 Punkte Erhöhung.

Bürgermeister Pohlmann weist darauf hin, dass die Erhöhung der Hebesätze eine Möglichkeit zur Verbesserung der Liquidität darstelle. Eine andere Möglichkeit sei die Reduzierung von Ausgaben im freiwilligen Bereich.

Erster Stadtrat Plogmann stellt anschließend die für 2018 und Folgejahre geplanten Investitionen vor. Hier ergebe sich für 2018 ein negativer Saldo von rd. 12,2 Mio. €. Der aus laufender Verwaltungstätigkeit entstehende Liquiditätsüberschuss reiche in 2018 nicht mal aus, um die laufende Tilgung (1,2 Mio. €) zu finanzieren. Die Investitionen seien daher nur durch die Aufnahme von Krediten finanzierbar.

Welche Maßnahmen in 2018 tatsächlich umgesetzt werden sollen, sei in den anstehenden Haushaltsberatungen von der Politik zu entscheiden.

Ratsmitglied Trimpe-Rüschemeyer trägt vor, er halte es trotz drohender hoher Neuverschuldung für richtig, in der derzeit noch andauernden Niedrigzinsphase zu investieren für Dinge, die ohnehin gemacht werden müssen.

Erster Stadtrat Plogmann stellt nachfolgend die absehbaren Veränderungen zum Stellenplan 2018 dar. Neue Stellen seien für 2018 nicht geplant. Die im Rahmen des ÖPNV-Konzeptes befristet eingerichtete Stelle könne entfallen. Änderungen ergeben sich aus der Umsetzung der zum 01.07.2017 in Kraft getretenen Entgeltordnung: Die hieraus vorzunehmenden Veränderungen in den Entgeltgruppen führen zu Mehraufwendungen von rd. 123 T€. Außerdem entfallen vorherige KU-Vermerke. Die Stellen zur Flüchtlingsbetreuung sollen um 2 Jahre verlängert werden, da hier weiterhin entsprechender Bedarf bestehe.

Ratsmitglied Schmechel weist darauf hin, dass die Aufgaben im Bereich des Gebäudemanagements mit dem derzeit vorhandenen Personal nicht geschafft werden und fragt an, warum hier keine zusätzlichen Mitarbeiter vorgesehen seien.

Ratsmitglied Jantos erklärt, hierüber sei im Rahmen der Stellenplanberatungen zu diskutieren.

Ratsmitglied Hebbelmann fragt, ob im Zusammenhang mit der Umsetzung der Stellenplananforderungen die Chance genutzt wird, durch Umorganisation auch geringwertige Arbeitsplätze zu schaffen, die bei Neubewertung niedriger vergütet werden können. Erster Stadtrat Plogmann antwortet, dass 2012/2013 hausweit alle Stellen beschrieben und extern bewertet worden sind. Die Grundlage war damals die tatsächlich erfolgte Aufgabenzuweisung. Eine Umorganisation mit dem Ziel, geringwertigere Arbeitsplätze zu erreichen, war weder damals noch heute Vorgabe.

Ratsmitglied Trimpe-Rüschemeyer fragt an, wie lange die Abrechnung der Straßenausbaubeiträge noch andauern werde.

Erster Stadtrat Plogmann erklärt hierzu, dass derzeit noch eine Stelle mit der Aufgabe befasst sei. Da noch verschiedene Gerichtsverfahren laufen, sei nicht abzusehen, wie lange hier noch Tätigkeiten anfallen werden. Der entsprechende Mitarbeiter nehme aber bereits auch andere Aufgaben wahr.

Ratsmitglied Trimpe-Rüschemeyer trägt weiterhin vor, dass die Caritas für Sozialarbeiter häufig nur Teilzeitstellen anbiete und daher eine hohe Personalfuktuation bestehe. Er bitte um Prüfung, ob für entsprechende Stellen bei der Stadt (z.B. Flüchtlingsarbeit) eine Kooperation mit der Caritas hergestellt werden könne, um dieses Problem in den Griff zu bekommen.

Ratsmitglied Jantos trägt vor, im vergangenen Jahr seien von der Verwaltung zwei zusätzliche Stellen für den Umweltbereich beantragt worden, von denen aber nur eine von der Politik bewilligt wurde. Sie frage sich daher, warum die weitere Stelle nun nicht erneut von der Verwaltung gefordert werde.

Erster Stadtrat Plogmann erwidert, dass auch die im vergangenen Jahr für den Umweltbereich bewilligte zusätzliche Stelle bis heute noch nicht besetzt werden konnte. Bürgermeister Pohlmann ergänzt, gerade bei eher technisch ausgerichteten Stellen sei eine Stellenbesetzung schwierig; diese Erfahrung habe man bereits bei der Besetzung der Bautechnikerstelle im Zentralen Gebäudemanagement machen müssen.

Die Präsentationen zum Haushaltsentwurf 2018 sowie zum Stellenplan 2018 sind dem Protokoll beigelegt bzw. zur Vorlage MV/045/2017 eingestellt.

6. Darstellung der städtischen Vermögenswerte anhand der Bilanz - mündlicher Vortrag

Ausschussvorsitzender Hebbelmann erklärt, bei der Darstellung der Vermögenswerte gehe es darum, einen Einblick in die Struktur des städtischen Vermögens zu bekommen.

Erster Stadtrat Plogmann trägt vor, die Verwaltung habe hierzu eine weitere Unterteilung der in der Bilanz stark komprimiert dargestellten Vermögenswerte **zum aktuellen Stand (September 2017)** vorgenommen.

Das **immaterielle Vermögen** beläuft sich derzeit auf rd. 3,75 Mio. € und beinhaltet neben Softwarelizenzen die an die Stadtwerke geleisteten Baukostenzuschüsse für

Regenwasserkanäle sowie die von der Stadt für Kindertagesstätten, Sportvereine, Landvolkhochschule und andere Institutionen geleisteten Investitionszuschüsse.

Beim **Sachvermögen** entfallen 23,4 Mio. € auf unbebaute Grundstücke, die im Wesentlichen aus Grünflächen, Ackerland, Wald und Forsten sowie sonstige unbebaute Flächen bestehen. Der Wert der bebauten Grundstücke beläuft sich aktuell auf rd. 55,6 Mio. €. Hierzu gehören z.B. die Grundstücke, Gebäude und sonstigen Aufbauten von Schulen, Sporthallen, Sportplätzen, Kindertagesstätten, Feuerwehr, Villa Stahmer, Waldbühne, Rathaus und Bauhof

Mit aktuell rd. 37,7 Mio. € bilden die Grundstücke und Bauten des Infrastrukturvermögens eine weitere größere Position des städtischen Vermögens. Hier werden z.B. die Grundstücke und Aufbauten von Straßen, Brücken, Bushaltestellen, Parkplätzen und Regenrückhaltebecken erfasst.

Die städtischen Fahrzeuge und Maschinen (z.B. Feuerwehrfahrzeuge, Fahrzeuge und Maschinen des Bauhofes) stellen derzeit einen Wert von rd. 2,5 Mio. € dar. Der Wert von Betriebsvorrichtungen (z.B. Brandmeldeanlagen, Klimaanlage, Flutlichtanlagen, Sportböden) sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung (z.B. Büroausstattung, Ausstattung von Schulen, Sporthallen, Kindertagesstätten, Feuerwehr) beläuft sich aktuell auf rd. 2,9 Mio. €.

In der Vermögensposition „Anlagen im Bau“ werden die derzeit im Bau befindlichen Baumaßnahmen (z.B. Haus der kleinen Füße, Umbau Rathaus, Sanierung Michaelisschule, Sanierung Sporthalle Harderberg, Bürgerprojekte, Straßenbaumaßnahmen) ausgewiesen. Die hier derzeit mit rd. 5,4 Mio. € erfassten Maßnahmen werden nach Fertigstellung auf die endgültigen Bilanzpositionen umbucht.

Als Position des **Finanzvermögens** werden mit insgesamt rd. 29,5 Mio. € die Anteile an den Stadtwerken, der Bildungswerkstatt, der OLEG und der Volksbank sowie der Eigenbetrieb Stadtwerke ausgewiesen.

Erster Stadtrat Plogmann erklärt, anhand der detaillierten Darstellung der städtischen Vermögenswerte sei insgesamt festzustellen, dass der Großteil der städtischen Vermögenswerte der Erfüllung kommunaler Aufgaben diene und damit als nicht veräußerbar angesehen werden müsse.

Die Darstellung der Aufgliederung des städtischen Vermögens ist diesem Protokoll beigelegt bzw. als Dokument zu TOP 6 eingestellt.

7. Beantwortung von Anfragen

Zu beantwortende Anfragen liegen nicht vor

8. Anfragen

8.1. Treuhandverfahren ehemalige Klöcknerflächen

Ratsmitglied Springmeier fragt an, ob es Neuigkeiten zum Treuhandverfahren „Ehemalige Klöcknerflächen“ gebe.

Erster Stadtrat Plogmann erklärt, mittlerweile seien von der NordFM Listen eingereicht worden. Ob sich die aufgetretenen Differenzen hieraus erklären lassen, müsse geprüft werden. Nach Auswertung der Unterlagen werde die Politik weiter informiert.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Hebbelmann
Vorsitz

Plogmann
Erster Stadtrat

Baller
Protokollführung